

A stylized world map composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific countries or regions.

Serbien: Zwischen Kosovo und der EU

MICHAEL EHRKE
Februar 2012

- Der Europäische Rat beschloss im Dezember 2011, Serbien den EU-Kandidatenstatus zu verweigern, obwohl die Europäische Kommission eine gegenteilige Empfehlung ausgesprochen hatte. Diese Entscheidung wirkt sich vor allem zu Lasten der pro-europäischen Regierungskoalition aus, die in den für Mai 2012 anberaumten Wahlen wenig mehr zu bieten hat als Fortschritte in der europäischen Integration.
- Die Ablehnung des Kandidatenstatus, die vor allem von der deutschen Bundesregierung betrieben wurde, wurde mit Serbiens Haltung im Norden des Kosovo begründet. Die serbische Regierung hat jedoch kaum Einfluss auf die serbische Bevölkerungsmehrheit im Norden des Kosovo. Hier dominieren die konservativen Oppositionsparteien, die wenig Interesse haben, mit der serbischen Regierung zu kooperieren.
- Serbien wurde von Deutschland vorgehalten, es unterhalte im Norden des Kosovo »Parallelstrukturen«. Dies ist insofern richtig, als es in dieser Region – mit Ausnahme der Polizei – keine kosovarische Staatlichkeit gibt. Sämtliche staatlichen Dienstleistungen werden von Serbien aus finanziert. Da der private Wirtschaftssektor im Vergleich zum öffentlichen Sektor sehr klein ist, würde ein Ausbleiben der serbischen Zahlungen dort zum Zusammenbruch des Wirtschaftslebens führen.
- Die serbische Regierungskoalition hat sich von Entscheidungen der EU abhängig gemacht, die sie selbst kaum beeinflussen kann. Fortschritte in der EU-Integration können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit in den vergangenen vier Jahren verschlechtert haben. Der Kandidatenstatus würde hieran nichts ändern. So sind die Wahlchancen in den anstehenden Parlamentswahlen alles andere als günstig. Die Serbische Fortschrittspartei, eine Abspaltung der groß-serbischen Radikalen Partei, könnte die nächste Regierung stellen – eine Kraft, die als unkalkulierbar zu bezeichnen noch ein Euphemismus wäre.

Das Jahr 2011 brachte für Serbien einen doppelten Rückschlag: Zum einen rückte nach mehreren Jahren relativer Ruhe und zum Teil erfolgreichen Verhandlungen der Kosovo-Konflikt wieder in den Vordergrund. Die Politik der serbischen Regierung, *gleichzeitig* die Integration in die EU *und* die Rückgewinnung (bzw. aktive Nicht-Anerkennung) des Kosovo zu betreiben, erwies sich als illusionär. Den Beweis hierfür erbrachte die Sitzung des Europäischen Rates vom 9. Dezember des Jahres: Serbien wurde, entgegen allen Erwartungen, der Status eines Kandidaten für die EU-Mitgliedschaft verweigert. Die EU-Kommission hatte den Ratsmitgliedern im Oktober empfohlen, Serbien den Kandidatenstatus einzuräumen. Auf Betreiben Deutschlands kam der Rat dieser Empfehlung jedoch nicht nach – es war das erste Mal, dass der Rat einer derartigen Empfehlung der Kommission nicht folgte. Auf einer weiteren Sitzung des Rates am 1./2. März 2012 soll erneut über den Kandidatenstatus entschieden werden.

Ein äußerer Anlass für die deutsche Haltung war ein gewaltsamer Zwischenfall im Norden des Kosovo, bei dem auf deutsche und österreichische KFOR-Soldaten geschossen worden war. Warum allerdings die deutsche Bundesregierung die serbische *Regierung* für einen Zwischenfall zu bestrafen für sinnvoll hielt, der sich außerhalb der formellen Jurisdiktion dieser Regierung ereignet hatte, bleibt ein Rätsel. Sollte eine harte Haltung auf dem Balkan die diplomatische Blamage wettmachen, die der deutschen Diplomatie in Libyen widerfahren war? Oder handelt es sich nur um ein weiteres und nachrangiges Beispiel jener »deutschnationalen Kraftmeierei«, die Helmut Schmidt der Bundesregierung wegen ihres Umgangs mit den Partnern der Eurozone vorgehalten hatte? Zwar kann weder Deutschland, noch die gesamte EU Interesse an einem neuen Mitgliedsstaat haben, dessen Grenzen umstritten sind; doch zwischen der Verleihung des Kandidatenstatus und der Mitgliedschaft in der EU liegen viele Jahre intensiver Verhandlungen (wenn auch nicht so viele Jahre, wie die Bundesrepublik Deutschland gebraucht hatte, um die polnische Westgrenze anzuerkennen), Jahre, in denen man nach einer für die Serben wie für die albanischen Kosovaren akzeptablen Lösung hätte suchen können. Die Verweigerung des Kandidatenstatus Ende 2011 jedoch entmutigt nicht nur eine serbische Regierung, deren Reformen in dem Fortschrittsbericht der Kommission nahezu euphorisch gelobt worden waren, sie wird vielleicht auch zur Ablösung dieser Regierung in den für das Frühjahr

2012 vorgesehenen Parlamentswahlen beitragen. Möglicherweise wird die von Präsident Boris Tadic geführte Demokratische Partei (DS) von der von Tomislav Nikolic geführten Serbischen Fortschrittspartei (SNS) verdrängt werden – einer politischen Kraft, die als »unkalkulierbar« zu bezeichnen ein Euphemismus wäre.

Der Norden des Kosovo: Hase oder Igel?

De facto geht es im Kosovo-Konflikt nicht mehr um die Anerkennung des Kosovo als unabhängigem Staat (obwohl die serbische Regierung dies anders sehen würde), sondern um die Situation des mehrheitlich von Serben bewohnten Nordens. Über den Norden ihres Landes übt die Regierung des Kosovo nur formell Souveränität aus. Zwischen der international – das heißt von den USA und der Mehrheit der EU-Staaten – anerkannten Souveränität des Kosovo und den realen Verhältnissen im Norden klafft eine Lücke: Die kosovarische Regierung ist nicht in der Lage, ihre Entscheidungen autoritativ und im Notfall mit dem Einsatz von Gewalt in allen Teilen des von ihr beanspruchten Territoriums durchzusetzen. Diese Souveränitätslücke versuchte die Regierung des Kosovo Ende Juli demonstrativ zu schließen, indem sie eine Kontrollstation an der serbisch-kosovarischen Grenze durch Spezialtruppen der Polizei besetzen ließ. Die Besetzung scheiterte am Widerstand der lokalen Bevölkerung.

Bei der Besetzung der Grenzstation bzw. bei deren Verhinderung ging es nicht allein um die Kontrolle der Bewegung von Gütern und Personen; die Aktion hatte auch eine hohe symbolische Bedeutung, da es auch um die Anerkennung der serbisch-kosovarischen Grenze als Staatsgrenze (in der Sicht der Kosovo-Regierung) oder ihre Wahrnehmung als inner-serbische »*administrative Linie*« (in der Sicht der Serben) ging. Die Auseinandersetzungen in der zweiten Jahreshälfte zielten darauf, den Zugang zu den Grenzstationen zu ermöglichen bzw. zu verhindern. In einem geradezu absurden Wettrennen wurden Barrikaden aufgebaut, von den KFOR-Truppen abgerissen, um dann an anderer Stelle wieder aufgebaut zu werden; in ähnlicher Weise wurde versucht, die Kontrollstationen durch parallele Straßen zu umgehen, die ebenfalls abgerissen und wieder aufgebaut wurden. Dabei kam es mehrfach zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der KFOR und der lokalen Bevölkerung. Diese wurden zu Teilen von kriminellen Elementen zur Eskala-

tion getrieben, es besteht aber kein Zweifel daran, dass die lokale Bevölkerungsmehrheit, die es irgendwie geschafft hat, den Bau und die Besetzung von Barrikaden in ihr Alltagsleben zu integrieren, die treibende Kraft der Auseinandersetzungen ist.

Das heißt, dass die Unruhen weder in erster Linie von der organisierten Kriminalität, noch gar von der serbischen Regierung geschürt wurden. Die serbisch-albanische organisierte Kriminalität profitiert vom Fehlen eines effektiven staatlichen Gewaltmonopols, dem Sonderstatus und der Instabilität der Region. Ihr wichtigstes Einnahmefeld ist der Schmuggel, vor allem von Benzin, das nicht der (serbischen) Mehrwertsteuer unterliegt, zoll- und steuerfrei aus Serbien in die Region verbracht, in Behelfs-Tankstellen verkauft oder in den albanischen Hauptteil des Landes geschmuggelt wird. Die organisierte Kriminalität hat allerdings kaum ein Interesse daran, dass der Norden des Kosovo ein Teil Serbiens bleibt oder wieder zu einem Teil Serbiens wird: Sie ist multiethnisch und vor allem gegen ein effektives staatliches Gewaltmonopol, gleichgültig, welcher Staat dieses ausübt.

Die serbische Regierung dagegen ist infolge der Unruhen in ein Dilemma geraten. Auf der einen Seite präsentiert sie sich als Vertretung aller Serben, also auch der Serben des kosovarischen Nordens, als deren Schutzmacht sie auftritt; dies schließt ein, dass sie gegen die reale Integration des nördlichen Kosovo in die Strukturen des kosovarischen Staates eintreten und den Barrikadenbau zumindest verbal unterstützen musste. Auf der anderen Seite musste sie zu vermeiden suchen, dass die Unruhen eskalierten und in international sichtbare Gewaltaktionen mündeten, die die Integration Serbiens in die EU gefährdeten. Diese Gratwanderung ist ihr nicht gelungen, unter anderem, weil sie im Norden des Kosovo nicht nur über kein offizielles Gewaltmonopol verfügt, sondern auch informell, wie die Ereignisse seit dem Sommer 2011 zeigten, an Einfluss verloren hat, und dies, obwohl die Region wirtschaftlich zu fast 100 Prozent von Serbien abhängt. Die politische Macht liegt bei den 2008 gewählten Lokalpolitikern (die Wahl war in der Sicht der Regierung des Kosovo illegal), die in ihrer Mehrheit den konservativen serbischen Oppositionsparteien SNS und DSS (die von Vojislav Kostunica geführte Demokratische Partei Serbiens) anhängen und kaum bereit sind, mit der von der DS geführten Regierung Serbiens zu kooperieren. Auf dem »souveränitätsfreien« Territorium des nördlichen Kosovo hat sich eine zwar durch Wah-

len legitimierte, *de facto* aber keinem übergeordneten Gemeinwesen zuzurechnende Macht der Bürgermeister und Kommunalpolitiker herausgebildet, die mit der organisierten Kriminalität in einem gewissen Kooperationsverhältnis steht, aber nicht mit ihr identisch ist. Es sind diese Kommunalpolitiker, die für den Februar 2012 zu einem lokalen Referendum aufgerufen haben, in dem über die Zugehörigkeit der Region zum kosovarischen Staat entschieden werden soll. Das Referendum, das von der serbischen Regierung nicht unterstützt wird, dürfte dennoch die Chancen Serbiens, im März 2012 doch noch den Kandidatenstatus zu erhalten, verschlechtern.

»Parallelstrukturen«?

Die zentrale Forderung, die Bundeskanzlerin Angela Merkel auf ihrem Serbien-Besuch im August an Präsident Tadic richtete – und an deren Nicht-Erfüllung vermutlich der Kandidatenstatus Serbiens scheiterte – war der »Abbau der serbischen Parallelstrukturen« im Norden des Kosovo. Unklar ist, was die Kanzlerin (bzw. diejenigen, die ihr diese Formulierung nahelegten) unter »Parallelstrukturen« versteht bzw. zu was oder wem serbische Strukturen im Norden des Kosovo parallel sind. Der Begriff unterstellt, dass eine funktionierende kosovarische Staatlichkeit im Norden des Landes von illegalen serbischen Strukturen unterminiert wird. Eine Studie der *International Crisis Group* vom März 2011¹ weist dagegen nach, dass es im Norden des Kosovo nur *eine* formal *albanisch*-kosovarische Struktur gibt: Die Kosovo-Polizei, die sich zwar mehrheitlich aus Serben zusammensetzt, aber administrativ den Autoritäten in Pristina zugeordnet und diesen gegenüber berichtspflichtig ist.² Die Kosovo-Polizei wird von der Bevölkerung des Nordens nicht akzeptiert. Angesichts ihres hohen politischen Symbolwerts in der Auseinandersetzung um den Status des Kosovo wird sie von der lokalen Bevölkerung wie von den Autoritäten in Pristina und Belgrad daran gehindert, ihrer Aufgabe – der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung – nachzukommen. Die Polizei kann im Norden des Kosovo nicht mit den politischen Autoritäten – den Gemeinden – kooperieren, weil diese aus der Sicht Pristinas illegal gewählt wurden; sie kann verhaftete Rechtsbrecher keiner Verurteilung zuführen, weil das einzige

1. International Crisis Group, Northern Kosovo: Dual Sovereignty in Practice, Europe Report Nr. 211, 14. März 2011.

2. »The KP are the only clear representatives of Kosovo statehood in the North«, ebd., S. 16.

Gericht der Region, der Gerichtshof von Mitrovica, mit sechs EULEX-Richtern und -Staatsanwälten besetzt ist, die nur per Dolmetscher verhandeln können und sich daher auf ethnopolitisch sensible Fälle beschränken müssen. »Normale« Verbrechen dagegen werden kaum geahndet. Zudem konkurriert die Kosovo-Polizei mit mehreren anderen Sicherheitskräften, deren Kompetenzen sich überschneiden: Den Spezial-Polizeikräften aus Pristina, der EULEX, den KFOR-Truppen und nicht zuletzt den verdeckt agierenden Beamten des serbischen Innenministeriums (hier handelt es sich in der Tat um eine Parallelstruktur im Sinne Merkels), mit dem Ergebnis, dass das staatliche Gewaltmonopol im Norden des Kosovo zersplittert und zu schwach ist, um rechtsstaatliche Verhältnisse zu gewährleisten.

Die Polizeibeamten des serbischen Innenministeriums, die zum Teil auch innerhalb der Kosovo-Polizei agieren, machen allerdings einen nur winzigen Teil der serbischen Strukturen im Norden des Kosovo aus. Diese Strukturen lässt sich Serbien im Jahr etwa 200 Millionen Euro kosten. Dabei handelt es sich um:

- die Universität Mitrovica mit 9.000 Studenten (30 bis 35 Millionen Euro pro Jahr);
- 21 Grund- und 9 Oberschulen (45 Millionen);
- Das Krankenhaus/ Gesundheitszentrum Mitrovica mit 1.600 Beschäftigten (ca. 16 Millionen);
- Die Kommunalverwaltungen und kommunalen Versorgungsbetriebe;
- Öffentliche Bauprojekte wie Wohnungen für Flüchtlinge, Schulen, Sporthallen und Straßen.³

Das wirtschaftliche und soziale Leben im Norden des Kosovo basiert damit zu einem sehr hohen Anteil auf den aus Serbien fließenden Geldern und den mit diesen finanzierten Strukturen. Aus Serbien stammen vor allem die Löhne und Gehälter der öffentlich Bediensteten, die heute bei 150 Prozent (noch vor einem Jahr bei 200 Prozent) der öffentlichen Löhne und Gehälter in Serbien liegen.⁴ Die im öffentlichen Dienst beschäftigten Serben beziehen im Norden des Kosovo also so etwas wie ein zusätzliches »Kosovo-Gehalt«. Einen privaten Sektor der Wirtschaft jenseits der Bauindustrie sowie der Cafés, Restaurants und Geschäfte, die von der Nachfrage der Lehrer, Studenten, Kommunalangestellten, Ärzte und

Krankenschwestern leben, gibt es kaum. Damit reproduzieren sich im Norden des Kosovo in zugespitzter Form die wirtschaftlichen Strukturen, die auch in Serbien selbst und anderen Ländern des westlichen Balkan vorherrschen: Einem überdimensionierten und überbesetzten öffentlichen Sektor, der vergleichsweise hohe Löhne und Gehälter zahlt, steht ein schwacher Privatsektor gegenüber, der sich aus dem Bau- und Reparaturgewerbe sowie einer Vielzahl von Klein- und Kleinstunternehmen eines archaischen Dienstleistungssektors zusammensetzt. Gleichzeitig jedoch sind nicht nur die Löhne im öffentlichen Sektor relativ hoch, auch ist die Qualität des öffentlichen Angebots höher als im Rest des Kosovo und wahrscheinlich auch als in Serbien (außer Belgrad). Die Universität und das Krankenhaus Mitrovica wurden bewusst zu modernen Dienstleistungszentren ausgebaut, die sich deutlich von vergleichbaren Einrichtungen im albanischen Hauptteil des Kosovo abheben.

Der Wunsch der Serben, die im Norden des Kosovo leben, in Serbien zu verbleiben, geht daher nicht notwendig auf anti-albanische und nationalistische Ressentiments zurück, sondern auch auf Lebensverhältnisse, die im Vergleich zum Kosovo selbst eher günstig sind. Nicht nur ist das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen (Gesundheit und Bildung) besser als im Kosovo, auch sind die öffentlichen Jobs nicht nur gut bezahlt, sie sind auch sehr zahlreich: In einer Gemeinde der Region kommen auf 566 Grundschüler 127 Lehrer.⁵ Sie tragen zum wirtschaftlichen Überleben der Bevölkerung bei, zumal wenn der Multiplikator-Effekt dieser Jobs auf die residuale Privatwirtschaft eingerechnet wird. Natürlich alimentieren die serbischen Geldströme eine wenig effiziente und auf Dauer kaum aufrechtzuerhaltende Wirtschaftsstruktur; offensichtlich ist die serbische Regierung aber bereit, einen für ein armes Land hohen Preis zu zahlen, um ihren Anspruch auf den Kosovo (oder auf einen Teil des Kosovo) aufrechtzuerhalten.

Diese »Parallelstrukturen« stehen (von den verdeckt arbeitenden Beamten des serbischen Innenministeriums abgesehen) in Übereinstimmung mit dem Ahtisaari-Plan, demzufolge der serbischen Minderheit in einem unabhängigen Kosovo ein hoher Grad an Autonomie und auch spezielle Verbindungen zu Serbien zugestanden werden sollen. Die Parallelstrukturen könnten also legal sein. Kurioserweise wurde der Ahtisaari-Plan von

3. Ebd., S. 4 ff.

4. Ebd., S. 12.

5. Ebd., S. 16.

der Regierung des Kosovo widerwillig akzeptiert, nicht aber von der serbischen Regierung; er gilt also im Hauptteil des Kosovo, wo er kaum gebraucht wird, und er gilt nicht im Norden, wo seine Empfehlungen weitgehend realisiert wurden. Doch unabhängig von der Legalität dieser Strukturen stellt sich die Frage, was geschehen würde, wenn Serbien der Aufforderung der Kanzlerin nachkäme und die serbischen Parallelstrukturen im Norden des Kosovo wirklich abbaute – also den Geldstrom aus Serbien stoppte. Würde in diesem Fall die Regierung in Pristina einspringen und die Gehälter der serbischen Ärzte, Lehrer, Krankenschwestern und Professoren zahlen und die vorwiegend für die lokale serbische Bevölkerung installierten kommunalen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen finanzieren? Oder würden junge Albaner – im Kosovo liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 50 Prozent – die serbischen Staatsangestellten verdrängen, was logischerweise mit einem Wechsel der Sprache an den Schulen und der Universität verbunden wäre? Oder, die dritte Möglichkeit, würde das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen zusammenbrechen? Am wahrscheinlichsten ist, dass gleichzeitig das Niveau an öffentlicher Versorgung sinken, die Arbeitslosigkeit unter den Serben steigen und der Multiplikator-Effekt des öffentlichen Sektors für die private Rest-Wirtschaft zusammenbrechen würden. Ein weiterer Exodus aus dem Kosovo oder, wenn man so will, eine »kalte ethnische Säuberung« wäre unvermeidbar, würde aber von der internationalen Öffentlichkeit kaum registriert werden – betroffen wäre eine Bevölkerungsgruppe, deren Größe der deutschen Stadt Neustadt am Rügenberge entspricht.

Wie lebt es sich ohne Kandidatenstatus?

Der Status eines Kandidaten auf die Mitgliedschaft in der EU hat in erster Linie einen symbolischen Wert, er lässt sich weder auf das Brot schmieren, noch lässt sich mit ihm ein Traktor betanken. Das Spektrum verfügbarer EU-Mittel wird erweitert, deren Volumen ändert sich dagegen mit dem Kandidatenstatus nicht. Zwischen der Verleihung des Kandidatenstatus und der Aufnahme von Verhandlungen können viele Jahre vergehen, und jeder EU-Mitgliedsstaat ist jederzeit in der Lage, den Prozess zu blockieren. Die EU zeigt sich nicht in der Lage, das finanziell bedrängte und von der EU abhängige Griechenland dazu zu bewegen, in dem abstrusen Namenstreit mit Mazedonien einen Kompromiss zu finden;

und sollte Deutschland als Vetomacht gegen Serbien das nächste Mal ausfallen, könnte immer noch Ungarn einspringen, das sich darüber beklagt, dass das unter der nationalsozialistischen Besetzung von ungarischen Bürgern in der Vojvodina erworbene Land nicht unter das serbische Restitutionsgesetz fällt. Warum also wird die Verweigerung des Kandidatenstatus in Serbien als ein derart harter Rückschlag angesehen? Warum trat der stellvertretende Ministerpräsident und für die europäische Integration zuständige Minister Bozidar Delic einen Tag nach dem 9. Dezember von seinen Ämtern zurück?

Zunächst: Nur ein Teil der serbischen Öffentlichkeit, das von der DS geführte pro-europäische Lager, einschließlich vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen, empfindet die Verweigerung des Kandidatenstatus als Rückschlag, für die Radikale Partei, die Fortschrittspartei und Kostunicas DSS dürfte der 9. Dezember eher ein Festtag gewesen sein. Das pro-europäische Lager dagegen hat sich nicht nur der Illusion hingegeben, die Rückgewinnung des Kosovo und die Integration in die EU seien gleichzeitig zu erreichen – von EU-Staaten, die für die Unabhängigkeit des Kosovo immerhin einen Krieg geführt haben. Es hat seine Politik auch in allzu hohem Maße von Entscheidungen der EU (und damit deren mächtigsten Mitgliedsstaaten) abhängig gemacht, die es selbst kaum beeinflussen kann. Die Reformen der letzten Jahre – einschließlich der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag – wurden der Bevölkerung als notwendige Schritte auf dem Weg in die EU präsentiert und nicht als notwendige Schritte auf dem Weg zur wirtschaftlichen und sozialen Prosperität Serbiens. Diese exzessive Fixierung auf die EU-Integration erfolgte allerdings auch, weil es keine anderen Erfolgsmeldungen gab: Die wirtschaftliche und soziale Lage erfuhr nach 2007 eine deutliche Verschlechterung, und zwar nicht nur aufgrund der globalen Finanzkrise, sondern auch und vor allem aufgrund eines nicht nachhaltigen Wachstums in den Jahren 2000 bis 2006, das ohne Industrie, Exporte und zusätzliche Beschäftigung verlaufen war. Der Wachstumseinbruch, den Serbien nach der Ankunft der globalen Krise hinnehmen musste, hielt sich statistisch in Grenzen,⁶ unter den Bedingungen eines Balkanlandes aber können auch geringfügige statistische Wachstumsrückgänge eine deutliche Verschlechterung der Lebensbedingungen bis hin zu einer

6. Die Wachstumsrate 2009 wurde mit -3 Prozent kalkuliert. 2011 brachte eine neue Kalkulation -6 Prozent.

drastischen Zunahme der Armut anzeigen, sei es, weil Krisen zu höheren Arbeitsplatz- und Lohnverlusten führen als in den westeuropäischen Ländern, weil die sozialen Absicherungssysteme nur schwach entwickelt sind oder weil ein Teil der Bevölkerung sich vor der Krise (in ausländischer Währung) verschuldet hatte.⁷

Kurz: Weil die serbische Regierung bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit keine Erfolge erzielen konnte, mussten symbolische Erfolge bei der Integration in die EU als Erfolgsersatz herhalten. Eine solche Politik birgt aber nicht nur das Risiko, dass sich die Regierung von Entscheidungen abhängig macht, die sie nicht beeinflussen kann, sondern auch, dass die EU-Integration für die Mehrheit der Bevölkerung selbst an Wert verliert, da sie mit keinen sichtbaren materiellen Verbesserungen verbunden ist. Folgerichtig hat die Zustimmung zur EU 2011 in Serbien einen Negativ-Rekord von 46 Prozent erreicht, gegenüber über 70 Prozent 2004. Wenn dann aber auch noch die symbolische Erfolgsmeldung ausbleibt, hat die Regierung im Grunde gar nichts mehr vorzuweisen: Keine wirtschaftlich sozialen Fortschritte, keine Fortschritte bei der EU-Integration *und* keine Fortschritte bei der Rückgewinnung des Kosovo.

Für Wahlen sind dies denkbar schlechte Voraussetzungen, zumal sich die Regierung an zwei Fronten verteidigen muss. Gleichsam links von der Demokratischen Partei hat sich ein Bündnis aus drei Parteien gebildet, der Liberaldemokratischen Partei (LDP), der Sozialdemokratischen Union (SDU) und der Serbischen Erneuerungsbewegung (SPO) unter Vuk Draskovic, das unter dem Motto »Preokret« (Wende) eine radikale Umkehr in der Kosovo-Politik fordert, die auf die Anerkennung des Kosovo hinausläuft. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass sich nicht nur zwei Oppositionsparteien, sondern mit Vuk Draskovics Serbischer Erneuerungspartei auch ein Mitglied der Regierungskoalition dem neuen Bündnis anschloss. Gleichwohl repräsentiert »Preokret« nur eine Minderheit der serbischen Wähler, gemeinsam dürften die drei Parteien auf maximal zehn bis fünfzehn Prozent der Wählerstimmen kommen. Auf der Rechten der Regierungskoalition präsentieren die drei wichtigsten Parteien drei unterschiedliche Kombinationen von Kosovopolitik und EU-Orientierung. Die extrem nationalistische Radikale Partei, bzw. das, was von ihr übrig geblieben ist, ist eindeutig gegen die »europäische Per-

spektive«, sie ist offen anti-europäisch und großserbisch und damit auch in der Kosovo-Frage festgelegt. Die DSS Kostunicas hält die Rückgewinnung des Kosovo für vorrangig und tritt gegen die EU-Integration Serbiens ein; die Beziehungen zu »Europa« sollen sich Kostunica zufolge auf rein wirtschaftliche Kooperation beschränken, die Mitgliedschaft schließt er aus. Die SNS schließlich ist kaum auf eine bestimmte Position festzulegen; formell tritt sie – wie die regierende DS – sowohl für die EU-Mitgliedschaft Serbiens in der EU als auch für die Rückgewinnung des Kosovo ein; da hier aber – offensichtlich – ein Zielkonflikt vorliegt, lässt sich nicht ausmachen, wie sich die Partei an der Regierung verhalten würde. Der Unterschied zum von der DS geführten Lager liegt weniger in der Programmatik als in der Emphase, mit der die beiden Seiten der Politik-Kombination belegt werden. Die DS ist emphatisch pro-europäisch, die europäische Integration wird zu einer Art zivilisatorischer Mission überhöht; in der Kosovo-Frage dagegen ist die Partei eher eine getriebene als eine treibende Kraft. Auf der anderen Seite nimmt die SNS die europäische Integration als unausweichliches Faktum wahr, dem man sich nicht entziehen kann, während sie als Abspaltung der Radikalen Partei in der Kosovo-Frage eigentlich eine unbeugsame Haltung einnehmen müsste. Doch hier ist Vorsicht geboten: Wenn »Europa« resigniert als Faktum akzeptiert wird, könnte auch die Unabhängigkeit des Kosovo ähnlich resigniert als ein Faktum hingenommen werden, das sich nun einmal nicht mehr aus der Welt schaffen lässt. Möglicherweise könnte eine genuin rechte Partei in der Kosovo-Frage mehr Flexibilität zeigen als die Politiker der DS, die vor kaum etwas mehr Angst haben, als als »Vaterlandsverräter« denunziert zu werden.

Perspektiven?

Wird Serbien auf der Sitzung des Europäischen Rates am 1./2. März 2012 doch noch in den Genuss des Kandidatenstatus kommen? Dies ist nicht ausgeschlossen, wenn die gegenwärtige relative Ruhe im Norden des Kosovo anhält und in den Verhandlungen zwischen Serbien und dem Kosovo einige Ergebnisse erzielt werden, insbesondere im Hinblick auf die Mitwirkung des Kosovo in den regionalen Gremien. Der unkalkulierbare Faktor in dieser Frage ist allerdings nicht Serbien, sondern die deutsche Bundesregierung. Wenn die Verweigerung des Kandidatenstatus im Oktober 2011 nur ein Warnschuss war,

7. S. EBRD, Transitions-Report 2011.



könnten einige symbolische Gesten Serbiens unter Umständen die deutsche Haltung relativieren. Wenn sie aber ein Vorwand war, um die Erweiterung der EU nach dem Beitritt Kroatiens (und möglicherweise Montenegros) zu blockieren, dann werden sich auch Vorwände finden, mit denen sich die Verweigerung auch 2012 begründen lässt. Die zweite Frage ist: Würde sich die Gewährung des Kandidatenstatus kurz vor den Wahlen in Serbien auf das Wahlergebnis auswirken? Wahrscheinlich nicht. Während die Verweigerung des Status für die Regierungskoalition auf jeden Fall negativ zu Buche schlagen würde, da sie deren Misserfolg auf dem einzigen Feld dokumentierte, auf dem sie Kompetenz gezeigt hatte, würde die Gewährung selbst kurz vor den Wahlen kaum positive Auswirkungen haben, da dieser symbolische Erfolg die Misserfolge auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet nicht ausgleichen würde. Das heißt allerdings nicht, dass der Wahlsieg der Opposition bereits feststeht. Zwar liegt die SNS in Umfragen regelmäßig vor der DS (30 gegenüber 20 Prozent), die DS hat aber mehr

Koalitionsoptionen, unter anderem mit den regionalen, ethnischen und religiösen Kleinparteien, den Sozialisten und im Zweifelsfall auch den Parteien des »Preokret«, vielleicht sogar mit der SNS selbst.

Wird sich die serbische Europapolitik nach einem Wahlsieg der SNS ändern? Die SNS ist, wie erwähnt, schwer kalkulierbar. Man kann allerdings vermuten, dass eine regierende SNS eine Politikveränderung verstärken wird, die mit der Verweigerung des Kandidatenstatus ohnehin eintreten würde: Eine Entkopplung des Themas »Europa« vom Thema »innere Demokratie«. Die pro-europäischen Kräfte hatten seit dem Sturz Milosevics den oft idealisierten »Weg nach Europa« immer auch assoziiert mit der inneren demokratischen Entwicklung Serbiens, der Befreiung von Rückständigkeit, Ethno-Nationalismus, Korruption und Kriegsvergangenheit. Diese Kopplung wurde mit der Entscheidung des Europäischen Rats gelöst – unabhängig davon, welche Kraft nach dem Frühjahr 2012 die serbische Regierung stellt.



Über den Autor

Michael Ehrke ist Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Serbien und Montenegro.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-269-35-7726 | Fax: ++49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-050-3